

Bundesministerium für
Land- und Forstwirtschaft,
Umwelt und Wasserwirtschaft
Stubenring 1
1010 Wien

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
BMLFUW-UW.1.3.2/0244-
V/4/2010

Unser Zeichen, BearbeiterIn
TÜ/as/48086

Klappe (DW) Fax (DW)
39204 100265

Datum
11.11.2010

Budgetbegleitgesetz 2011-2014; Entwurf eines Beitrages des BMLFUW Novelle des Emissionszertifikatesgesetzes

Der Österreichische Gewerkschaftsbund dankt für die Übermittlung des oben angeführten Novellierungsentwurfes und erlaubt sich, dazu wie folgt Stellung zu nehmen:

Der Österreichische Gewerkschaftsbund lehnt den vorliegenden Entwurf infolge seiner innovationshemmenden und damit wachstums- und beschäftigungsfeindlichen Wirkung ab.

Gemäß den Unterlagen der Regierungsklausur in Loipersdorf vom 22. und 23. Oktober 2010 soll die „flexible Reserve“ in UG 43 in den Jahren 2011 und 2012 um insgesamt 19,3 Mio. € gekürzt werden.

Umgelegt auf das Emissionszertifikatesgesetz hat dies zur Folge, dass für „neue Anlagen“, für die nach dem Stichtag 31.12.2010 ein Antrag auf Zuteilung von Emissionszertifikaten gestellt wird (für sämtliche Anlagen müssen Emissionszertifikate zugeteilt sein, damit sie in Betrieb gehen dürfen), die Republik Österreich in Hinkunft um 19,3 Mio. € weniger Geldmittel zur Verfügung hat, um selbst oder durch Dritte Emissionszertifikate aufzukaufen, die dann den Anlagenbetreibern gratis zur Verfügung gestellt werden.

Bei den neuen Anlagen handelt es sich fast ausnahmslos um jene, die am wenigsten CO₂ oder andere Treibhausgase emittieren, die also am meisten förderungswürdig

wären. Der Österreichische Gewerkschaftsbund befürchtet, dass dies in weiten Teilen der Sachgüterproduktion einen Anlass bietet, künftig nicht mehr oder in geringerem Ausmaß am Standort Österreich zu investieren.

Abgesehen davon stellt sich die grundsätzliche Frage, weshalb zur Vermeidung bzw. Reduktion von Treibhausgasemissionen auf das direkte Instrument einer CO₂-Steuer verzichtet wird und stattdessen die Republik Österreich Steuergelder in die Hand nimmt, um auf einem speziellen internationalen Derivatemarkt Emissionszertifikate aufzukaufen, um sie dann gratis zu verteilen.

Dieser Sachverhalt bedarf insbesondere in Richtung der europäischen Gesetzgebung und der österreichischen Positionierung zu den internationalen Klimaschutzverhandlungen einer grundsätzlichen Überarbeitung.

Erich Foglar
Präsident



Mag. Bernhard Achitz
Leitender Sekretär